

## **Die Reform des amerikanischen Gesundheitssystems: Zum Scheitern verurteilt oder doch noch realisierbar?**

*von Katharina Plogmann*

Die Reform des amerikanischen Gesundheitssystems galt als eines der wichtigsten Themen des Wahlkampfes von Barack Obama. In den vergangenen Jahren ist immer deutlicher geworden, dass Themen wie das Nichtvorhandensein eines allgemeinen Krankenversicherungsschutzes und die immensen Kosten des Gesundheitssystems keinen Aufschub mehr duldeten. Vor allem aber auch durch den großen Stellenwert, den die Gesundheitspolitik nach Umfragen der Kaiser Family Foundation im Entscheidungsprozess der Bürger bei der Wahl des amtierenden Präsidenten einnahm, sah man klare Anzeichen darin, dass die Reformbereitschaft der amerikanischen Bürger in den letzten Jahren deutlich gestiegen war. Die Forderungen einer beachtlichen Zahl der Bürger nach einer Ausweitung des Versicherungsschutzes auf bisher Nichtversicherte und die Forderung nach einer Senkung der Versicherungsprämien verdeutlichten diese Reformbereitschaft. Dabei war klar erkennbar, dass die Interessen der Bürger hinsichtlich des Schwerpunktes einer Reform stark variierten. Je nachdem, welcher politischen Richtung sie angehörten, standen andere Schwerpunkte im Vordergrund. So war die Ausdehnung des Versicherungsschutzes für die Demokraten weitaus wichtiger als beispielsweise für die Republikaner. Diese setzten ihren Schwerpunkt auf eine Senkung der Kosten des Gesundheitssystems. (2) Zum jetzigen Zeitpunkt – nach der Vorlage eines Reformkonzeptes durch den amtierenden Präsidenten Barack Obama – stellt sich die Situation völlig anders dar, denn die Reformpläne Obamas stehen in wichtigen Punkten vor dem Aus. Sogar vom bisherigen Kernstück der Reform, der Schaffung einer staatlichen Versicherung, ist Obama mittlerweile abgerückt. (3)

Nun ist Obama nicht der erste Präsident der Vereinigten Staaten, der beim Versuch, das Gesundheitssystem der USA zu reformieren, auf starke Proteste stößt. 1993 war es der damalige Präsident Bill Clinton, der den unter dem Vorsitz seiner Frau Hillary Clinton ausgearbeiteten Entwurf durchzusetzen versuchte. Für die Demokraten war die Reform unter Clinton nötig geworden, da die Ausgaben für das Gesundheitssystem bereits 13-14% des Bruttoinlandproduktes betrugten und schon zu diesem Zeitpunkt etwa 35 Millionen Bürger in Amerika über keine Krankenversicherung verfügten. (4) Clintons Argumentation zur Folge wäre die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den kommenden Jahren durch die immer höheren Gesundheitskosten gehemmt ge-

wesen. Diese Faktoren führten dazu, dass eine sogenannte „health-care task force“ unter dem Vorsitz von Hillary Clinton geschaffen wurde, die ein Reformkonzept erarbeitete. Nach diesem Reformkonzept sollte das bestehende System in Teilen erhalten bleiben und dennoch den bis zu diesem Zeitpunkt weitest gehenden Vorschlag einer Veränderung darstellen, der alle bisherigen Vorschläge in den Schatten gestellt hätte. Als weitreichende Veränderungen sind die effizientere und kostengünstigere Gestaltung des Systems, die allgemeine Krankenversicherungsgarantie für alle Bürger und die Ausweitung des Geltungsbereichs der staatlichen Unterstützung zu nennen.

Um einer weiteren Kostenexplosion im Gesundheitssystem entgegen zu wirken, sollte es zwei verschiedene Tarifoptionen für die Versicherten geben: Zum einen handelte es sich um einen Basistarif, der die medizinische Versorgung der Patienten gewährleisten sollte. Diese Art der Versicherung war vor allem für diejenigen Bürger gedacht, die sich bis zu diesem Zeitpunkt keine Krankenversicherung leisten konnten. Zudem sollte als weiterer Tarif die konventionelle private Versicherung bestehen bleiben, welche gewisse Privilegien mit sich brachte, wie beispielsweise die freie Arztwahl. Zu Beginn der Ausarbeitungsphase dieses Reformvorschlages schätzten sowohl die Demokraten als auch die Republikanern den Vorschlag als durchaus realisierbar ein. (5) Doch schon während der Entwicklung des Reformvorschlages wurde der Rückhalt in den eigenen Reihen und besonders beim politischen Gegner, den Republikanern, immer geringer. So zeichnete sich bereits deutlich ab, dass es schwierig werden würde, eine Mehrheit für den Reformvorschlag im Kongress zu finden. Als Bill Clinton realisierte, dass es nahezu unmöglich war, den Reformvorschlag durchzubringen, zog er ihn zurück und scheiterte somit gleich zu Beginn seiner Amtszeit an der Umsetzung eines Wahlversprechens, was zu einem starken Imageverlust führte. (6) Das Scheitern Clintons wirft die Frage nach den Ursachen des Scheiterns auf und nach möglichen Lerneffekten für einen erneuten Reformanlauf im US-amerikanischen Gesundheitssystem. Die Gründe des Scheiterns der Reform sind vielfältig und lassen sich aus verschiedenen Perspektiven begründen.

Im politischen System der USA müssen Gesetzesentwürfe beide Häuser des Kongresses durchlaufen. Zudem ist die Zustimmung des Präsidenten erforderlich, damit ein Gesetz verabschiedet werden kann. Im Fall der Gesundheitsreform war es nun vor allem die Uneinigkeit in den eigenen Reihen der Demokraten, die den Ausgangspunkt des Scheiterns darstellte. Zahlreiche demokratische Abgeordnete und

Senatoren präferierten ein anderes Modell der gesundheitlichen Versorgung, wie beispielsweise das Kanadische Modell. (7) Die Republikaner lehnten die Reform grundsätzlich als einen Weg ab, der die Entwicklung des Landes in eine falsche Richtung lenken würde. (8) Zweitens ist der Gedanke der sozialen Solidarität in der Mentalität der Amerikaner weniger stark ausgeprägt als beispielsweise in den europäischen Gesellschaften. (9) In Amerika ist das Versicherungssystem nicht wie in Deutschland auf eine lange Tradition der Sozialversicherung zurückzuführen. Für die Amerikaner nehmen Werte wie Verantwortung des Einzelnen und Freiheit einen weitaus höheren Stellenwert ein als die Idee der Sozialstaatlichkeit, daher stehen die Amerikaner einer Ausweitung staatlicher Regulation sehr skeptisch gegenüber. Die von den Republikanern öffentlichkeitswirksam skizzierte Einschränkung der individuellen Freiheit durch Clintons Modell, kann als Grund für den Stimmungswechsel innerhalb der Bevölkerung und damit auch als Grund für das Scheitern des Reformversuchs Clintons angesehen werden. (10)

Bei den aktuellen Protesten der US-Bevölkerung wird man zwangsläufig an die Situation unter Clinton erinnert. Nun stellt sich die Frage: Steht ein solcher Imageverlust nun auch dem heutigen Präsidenten bevor? Wird selbst der Hoffnungsträger Obama es nicht schaffen, das bestehende System zu reformieren? Und dies obwohl sich eine Gesundheitsreform während des Wahlkampf als unumgänglich erwiesen hat?

Um diese Fragen beantworten zu können, muss man zunächst einen Blick auf die aktuelle Situation des Gesundheitswesens werfen. Seit der Amtszeit Clintons hat sich die Situation weiter zugespitzt. Heute betragen die Gesundheitsausgaben bereits 15% des Bruttoinlandproduktes und es gibt 45 Millionen US-Amerikaner, die keinen Krankenversicherungsschutz haben. (11) Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise könnte es sich als hilfreich erweisen, den Staat durch eine Gesundheitsreform zu entlasten, da die wirtschaftliche Entwicklung durch die immensen Gesundheitskosten stark gehemmt wird. (12) Die Aufgabe des jetzigen Präsidenten ist es, eine Reform auf den Weg zu bringen, die eine Lösung all dieser Problemen aufzeigt. So entschied sich Obama für folgende Kernelemente:

Ziel der Reform Obamas ist es, eine Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes auf sämtliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen, dabei will er das bestehende System der privaten Krankenversicherung nicht abschaffen, sondern grundlegend reformieren. Dazu plant er die Einführung einer staatlichen Versicherung, die für bisher Nichtversicherte eine Möglichkeit darstellen

soll, sich zu einem finanzierbaren Tarif zu versichern. Bürgern, die es sich nicht leisten können, durch ihr eigenes Einkommen eine Krankenversicherung zu finanzieren, würden in diesem System mit finanzieller Hilfe vom Staat unterstützt. (13) Die Kosten des Reformprojekts sollen durch die Einführung einer Reichensteuer in Form eines Einkommensteuerzuschlags für Besserverdiener ab 280.000 Dollar (198.737 Euro) Jahreseinkommen gedeckt werden. (14)

Mit Parolen wie „ Yes we can“ und „ Change we can believe in“ warb Obama während des Wahlkampfes um die Stimmen der Bürger für ein solches Reformvorhaben. Dabei war es sein oberstes Ziel, den Bürgern zu verdeutlichen, dass sie alle gemeinsam an einem Strang ziehen müssten, um die USA aus einer festgefahrenen Situation zu befreien. Durch den klaren Wahlsieg Obamas glaubte man, dass er dieses Ziel erreicht hätte und er sich der Unterstützung weiter Bevölkerungsteile bei seinen Reformplänen sicher sein könnte. Umso größer war das Erstaunen vor allem seitens der Europäer während der vergangenen Wochen, als Obama feststellen musste, dass sein Rückhalt im Volk nicht ausreicht, um die Gesundheitsreform durchzusetzen. Nun stellt sich die Frage, ob es diesen Rückhalt im Volk nie gegeben hat, oder ob sich die Stimmungslage im Volk während der letzten Wochen geändert hat. Die Aktivitäten der Republikaner sind in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen. Eines ihrer Hauptargumente ist, dass eine staatliche Krankenversicherung den Weg in den Sozialismus bereiten würde. (15) Angeheizt durch solche Parolen kam es zu starken Protesten in der Bevölkerung und zu einer immer stärker werdenden Polarisierung der Debatte zwischen Befürwortern und Gegnern der Reform, die in machen Fällen auch durch öffentliche Bedrohungen demokratischer Senatoren, die mit Werbekampagnen versuchen, die Inhalte der Reform besser verständlich zu machen, gekennzeichnet waren. (16)

Der Vorwurf einiger Demokraten, bei diesen Bedrohungen handelte es sich um einen organisierten Protest durch die Republikaner(17) trug ebenso zur Eskalation des Konfliktes bei, wie die Kritik der ehemaligen republikanischen Kandidatin für das Vizepräsidentenamt, Sarah Palin, die Obama bezichtigt, mit seiner Gesundheitsreform eine Art „Euthanasieprogramm“ zu planen, welches konkret gegen alte und behinderte Menschen vorgehen soll. (18) Grundlage dieser Bezeichnung war ein Paragraph im Reformvorhaben Obamas, der vorsah, dass ältere Menschen Beratungsgespräche über lebensverlängernde Maßnahmen in Anspruch nehmen könnten und die dadurch entstehenden Kosten vom Staat getragen werden sollten. Durch diesen Vorwurf einer führenden republikanischen Politikerin erlangte

der Protest gegen Obama neue, bisher noch nicht bekannte Dimensionen.

Eine Alternative zum bisherigen Modell Obamas könnte das sogenannte Genossenschaftsmodell darstellen, das vorsieht, dass Krankenkassen als Non-profit-Organisationen bestehen. (19) Mit diesem Kompromiss würde sowohl ein durchwegs staatliches Modell verhindert als auch das bisherige stark liberal ausgerichtete System reformiert werden. Für Obama hätte es den großen Vorteil, dass er weite Teile der Republikaner für eine Unterstützung gewinnen könnte. Protest wäre aus den eigenen Reihen vor allem von den liberal Gesinnten zu erwarten, da diese sich auf ein staatliches Modell als Kernelement fixiert hatten und in ihm die einzige Möglichkeit eines effektiven Wandels sehen. (20)

Eines scheint jedenfalls sicher: Obamas Reform wird einen Kompromiss darstellen, der Obama selbst am Wenigsten zufrieden stellt, da die gegenwärtige Situation es ihm nicht erlaubt, seine Visionen Realität werden zu lassen. Es wird nicht auf Anhieb gelingen, eine Reform durchzuführen, die das System völlig verändert. Durch seine Wahlkampfparolen „Yes we can“ und „Change we can believe in“ hat Obama deutlich gemacht, dass seine Visionen alleine nicht ausreichen, um die notwendigen Reformen durchzusetzen. Er benötigt die Unterstützung der Bevölkerung um einen Wandel erreichen zu können. Nur wenn es ihm in Zukunft gelingt, bei weiteren Reformvorhaben bezüglich der Gesundheitspolitik die Gesamtheit des amerikanischen Volkes mit ins Boot zu holen, kann er auf Erfolg hoffen. Wie sich gezeigt hat, sind es die Unterstützung und der Rückhalt im Volk, die weitgreifende Veränderungen möglich machen.

### **Literaturverzeichnis**

- (1) Länderbericht der Konrad Adenauer Stiftung Washington, D.C, „US- Präsidentschaftswahlkampf: Gesundheitsreform Top-Wahlkampfthema“, Ursula Carpenter, Norbert Wagner, November 2007.
- (2) Wernicke, Christian: „Obamas Zugeständnis“ in Die Süddeutsche Zeitung, 18.08.2009, <http://www.sueddeutsche.de/politik/96/484531/text/> .
- (3) Friedrich Ebert Stiftung, „ Referat westlicher Industrieländer. Krankenversicherung für alle: Das US amerikanische Gesundheitswesen und die Wahlen 2008“, Karen Davenport, 2008, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/usa/05360.pdf>

- (4) Schreyer, Söhnke: „Die Sozial- und Gesundheitspolitik der Clinton-Administration“, Bundeszentrale für politische Bildung, [http://www2.bpb.de/publikationen/Q6T6YI,3,0,Die\\_Sozial\\_und\\_Gesundheitspolitik\\_der\\_ClintonAdministration.html](http://www2.bpb.de/publikationen/Q6T6YI,3,0,Die_Sozial_und_Gesundheitspolitik_der_ClintonAdministration.html) Abruf vom 28.08.2009.
- (5) Kornelius, Stefan: „Rebellion gegen Obama“, in Der Süddeutschen Zeitung“, 13.08.2009, <http://www.sueddeutsche.de/politik/588/484029/text/> .
- (6) Schreyer, Söhnke: „Die Sozial- und Gesundheitspolitik der Clinton-Administration“, Bundeszentrale für politische Bildung, [http://www2.bpb.de/publikationen/Q6T6YI,3,0,Die\\_Sozial\\_und\\_Gesundheitspolitik\\_der\\_ClintonAdministration.html](http://www2.bpb.de/publikationen/Q6T6YI,3,0,Die_Sozial_und_Gesundheitspolitik_der_ClintonAdministration.html) Abruf vom 28.08.2009.
- (7) Schreyer, Söhnke: „Die Sozial- und Gesundheitspolitik der Clinton-Administration“, Bundeszentrale für politische Bildung, [http://www2.bpb.de/publikationen/Q6T6YI,3,0,Die\\_Sozial\\_und\\_Gesundheitspolitik\\_der\\_ClintonAdministration.html](http://www2.bpb.de/publikationen/Q6T6YI,3,0,Die_Sozial_und_Gesundheitspolitik_der_ClintonAdministration.html) Abruf vom 28.08.2009.
- (8) Stoltzfus Jost, Timothy: „Krankes Gesundheitssystem“, [http://www.bpb.de/themen/ATIP7S,0,0,Krankes\\_Gesundheitssystem.html](http://www.bpb.de/themen/ATIP7S,0,0,Krankes_Gesundheitssystem.html) .
- (9) Dölle, Christian: „Die politische Kultur der USA“, Verlag: Vdm Verlag Dr. Müller, 2008
- (10) Friedrich Ebert Stiftung, „Referat westlicher Industrieländer. Krankenversicherung für alle: Das US amerikanische Gesundheitswesen und die Wahlen 2008“, Karen Davenport, 2008, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/usa/05360.pdf> .
- (11) O.A.: „Obamas Gesundheitsreform soll die Wirtschaft aufpäppeln“, in Der Spiegel, 5.03.2009, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,611653,00.html>.
- (12) Länderbericht der Konrad Adenauer Stiftung Washington, D.C, „US- Präsidentschaftswahlkampf: Gesundheitsreform Top-

Wahlkampfthema", Ursula Carpenter, Norbert Wagner,  
November 2007.

- (13) K.A: „Gesundheitsreform: US-Demokraten legen Entwurf vor“,  
in Die Presse.com, 15.07.2009,  
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/495307/index.do> Abruf 4.09.2009
- (14) Von Marschall, Christoph: „Mit Sozialismus-Paranoia gegen  
Obamas Reformplan“, in Die Zeit, 17.08.2009,  
<http://www.zeit.de/online/2009/33/obama-gesundheitsreform-proteste> .
- (15) Von Marschall, Christoph: „Mit Sozialismus-Paranoia gegen  
Obamas Reformplan“, in Die Zeit, 17.08.2009,  
<http://www.zeit.de/online/2009/33/obama-gesundheitsreform-proteste> .
- (16) Steingart, Gabor: „ Sommer der Wut“, in Der Spiegel,  
27.02.2009, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-66436867.html>.
- (17) O.A.: "Ein solches System ist böse", in Die Süddeutsche  
Zeitung, 9.08.2009,  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/61/483506/text/> Abruf  
vom 30.08.2009.
- (18) Piper, Nikolaus: „Obamas AOK“, in die Süddeutsche Zeitung,  
k.D.
- (19) Wernicke, Christian: „Obamas Zugeständnis“ in Die  
Süddeutsche Zeitung, 18.08.2009,  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/96/484531/text/>.